

## **Antrag**

der Fraktion Die Linke

### **9-Euro-Sozialticket und 29-Euro-Berlin-AB-Ticket bis Ende 2023 verlängern**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. sich dringlich im VBB für die Fortführung der Entlastungsmaßnahmen im Berliner ÖPNV einzusetzen, damit diese Ermäßigungen, die vielen Berliner:innen erst die Nutzung des ÖPNV ermöglicht und die eine wichtige Entlastungsmaßnahme in Anbetracht der hohen Inflation ist, nicht Ende April auslaufen.
2. im VBB-Aufsichtsrat zu beantragen, dass die Ermäßigung des Berlin-Ticket-S auf 9 Euro zunächst bis Ende 2023 verlängert wird.
3. im VBB-Aufsichtsrat zu beantragen, dass das 29-Euro-Ticket Berlin AB bis Ende 2023 verlängert wird.
4. wenn erforderlich, hierfür eine Sondersitzung des VBB-Aufsichtsrates zu beantragen.
5. bis Ende Mai 2023 dem Abgeordnetenhaus Vorschläge vorzulegen, wie ab 2024 die Ticketstruktur durch Ermäßigungen basierend auf dem 49-Euro-Ticket („Deutschlandticket“) sinnvoll ergänzt werden kann, beispielsweise durch eine Ermäßigung des 49-Euro-Tickets für Berlin-Pass-Inhaber:innen auf 9 Euro, und welche Tarifangebote in Berlin aufgrund des 49-Euro-Tickets wegfallen können.

Dem Abgeordnetenhaus ist zu den Punkten 1-3 bis zum 30. April 2023 und zu Punkt 4 erstmalig bis zum 31. Mai 2023 zu berichten.

### ***Begründung***

Seit dem 1. Oktober 2022 wird in Berlin das reguläre ÖPNV-Ticket für Berlin AB auf 29 Euro ermäßigt, seit dem 1. Januar 2023 ist in Berlin der Preis für das Sozialticket „Berlin-Ticket-S“ auf 9 Euro ermäßigt. Nach den bisherigen Beschlüssen im VBB sollen diese Angebote Ende April auslaufen.

Beide Vergünstigungen sind jedoch wichtige Bestandteile der Berliner Entlastungspakete und ermöglichen für viele Berlinerinnen und Berliner erst die Mobilität mit dem ÖPNV.

Vom 9-Euro-Sozialticket profitieren Berlinerinnen und Berliner mit berlinpass, also Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe, Grundsicherung, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, Wohngeld sowie von Opferrenten nach dem SED-Unrechtsbereinigungsgesetz oder von NS-Ausgleichsrenten.

Das ist eine konkrete und spürbare Entlastung für Menschen mit wenig Geld, die von der Krise und der anhaltenden Inflation besonders betroffen sind.

Die Ticketangebote sollten daher unbedingt fortgeführt werden, damit nach deren Auslaufen die Nutzer:innen nicht auf einmal die deutlich teureren Angebote wahrnehmen müssen. Insbesondere Berlinerinnen und Berliner mit Berlinpass würden bei Auslaufen des 9-Euro-Sozialtickets deutlich stärker belastet und in ihrer Mobilität eingeschränkt.

Die Finanzierung der Fortführung des 9-Euro-Sozialtickets und des 29-Euro-Tickets bis Ende 2023 ist bereits im Haushalt vorgesehen und insoweit finanziell abgesichert.

Mit der Verlängerung der Ermäßigungen bis Ende 2023 besteht Verlässlichkeit günstiger Tarifangebote in Berlin bis zur Erarbeitung einer neuen Tarifstruktur im VBB unter den Bedingungen des 49-Euro-Tickets und mit darauf aufsetzenden Ermäßigungen. Um rechtzeitig entsprechende Tarifangebote zu entwickeln und eine parlamentarische Beratung vor der Sommerpause zu ermöglichen, soll der Senat bis Ende Mai dem Abgeordnetenhaus hierzu Vorschläge unterbreiten.

Berlin, den 9. März 2023

Helm      Schatz      Ronneburg  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Die Linke